

## **Hinweise zur Berechnung und Beantragung des Erstattungsbetrages**

### **Grundsätzliches**

- Die Erhebung des Kostenbeitrages erfolgt durch die Gemeinde oder Verbandsgemeinde, in deren Gebiet das Kind betreut wird. Die Erhebung kann auf die Träger von Tageseinrichtungen übertragen werden (vgl. § 13 Abs. 3 KiFöG).
- Für Familien mit einem Kindergeldanspruch für zwei oder mehr Kinder, die gleichzeitig in Tageseinrichtungen oder Tagespflegestellen gefördert und betreut werden und die noch nicht die Schule besuchen, darf der gesamte Kostenbeitrag ab dem 1. Januar 2019 den Kostenbeitrag nicht übersteigen, der für das älteste betreute Kind, das noch nicht die Schule besucht, zu entrichten ist (vgl. § 13 Abs. 4 Satz 1 KiFöG).
- Abweichend ist ab dem **1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021** von Familien mit einem Kindergeldanspruch für zwei oder mehr Kinder, die gleichzeitig in Tageseinrichtungen oder Tagespflegestellen gefördert und betreut werden, nur der Kostenbeitrag für das älteste betreute Kind und für jedes weitere Kind zu entrichten, das die Schule besucht (vgl. § 13 Abs. 4 Satz 2 KiFöG.)
- Das Land erstattet, soweit die Regelungen des § 13 Abs. 4 KiFöG zu verminderten Einnahmen aus Kostenbeiträgen führen, auf Antrag den Differenzbetrag (vgl. § 13 Abs. 5 KiFöG).

#### *Anmerkung:*

Die Regelung des § 13 Abs. 4 KiFöG gilt uneingeschränkt für jede Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde. Den Gemeinden oder Verbandsgemeinden steht es wie bisher frei, selbst einen höheren Anteil zu übernehmen, um die Personensorgeberechtigten zusätzlich zu entlasten.

#### **Daraus resultierende Einnahmeausfälle erstattet das Land nicht.**

- Die Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde stellt den Antrag auf Erstattung des sich aufgrund von § 13 Abs. 4 des KiFöG für das Vorjahr ergebenden Differenzbetrages bis zum 28. Februar an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ermitteln auf der Grundlage der Anträge der Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden die Einnahmeausfälle und melden diese bis zum 31. März an den überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (vgl. § 2 VO KiFöG § 13 Abs. 5 ErstV ST).

- Das Land Sachsen-Anhalt erstattete im Jahr 2020 den Gemeinden und Verbandsgemeinden auf Antrag Einnahmeverluste, die sie dadurch erlitten haben, dass sie auf Grund der vom Land getroffenen Einschränkungen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt von Eltern keine Beiträge nach § 13 Abs. 1 Satz 1 KiFöG erhoben haben.

Dies galt für den Monat April 2020 für alle Elternbeiträge, unabhängig davon ob das Kind eine Notbetreuung in Anspruch hat. Für den Monat Mai 2020 erfolgte die Erstattung der Elternbeiträge nur für die Kinder, die nicht in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle betreut wurden (vgl. Runderlasse des Ministeriums für Inneres und Sport und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration vom 31.03.2020 und 30.04.2020 zur Erstattung der Einnahmeverluste für Beitragsausfälle wegen nicht erhobener Beiträge nach § 13 Abs. 1 Satz 1 KiFöG).

*Anmerkung:*

Die im § 13 Abs. 5 KiFöG getroffenen Regelungen zur Erstattung der Einnahmeausfälle aus § 13 Abs. 4 KiFöG bleiben von den Festlegungen der vorgenannten Runderlasse unberührt. Die durch das Land Sachsen-Anhalt geleisteten coronabedingten Zahlungen wurden zusätzlich zur bestehenden Geschwisterregelung erstattet. Das heißt, die Gemeinden und Verbandsgemeinden beantragen die Einnahmeausfälle entsprechend dem KiFöG.

### Fragen und Antworten

- **Hat die Kostenbeitragserstattung gemäß § 13 Abs. 4 KiFöG für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2021 Auswirkungen für die Kostenübernahme nach § 90 Abs. 4 SGB VIII?**

Für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2021 entfallen auch für das älteste Kind, das noch nicht die Schule besucht die Beiträge, sofern ein Geschwisterkind einen Hortplatz belegt. Insoweit fallen für dieses Kind keine Kosten an, weil das Land die „Geschwisterbeiträge“ trägt. Damit entfällt die Erstattung durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 90 Abs. 4 SGB VIII.

- **Erfolgt eine Erstattung für Kinder mit gewöhnlichen Aufenthalt im Land Sachsen-Anhalt, wenn diese einen Platz in einem anderen Bundesland in Anspruch nehmen?**

Das Wunsch- und Wahlrecht gemäß § 5 SGB VIII i.V.m. § 3b KiFöG ist räumlich nicht auf den Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe beschränkt. Damit ist auch eine „länderübergreifende“ Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen möglich.

Wenn Kinder jedoch in einem anderen Bundesland betreut werden, sind dort die Kostenbeiträge zu entrichten. In diesen Fällen sieht das KiFöG keine Erstattung an die Eltern vor.

➤ **Welche Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde hat Anspruch auf den Differenzbetrag?**

Die Erstattungen erhält die Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde, in der die Kinder betreut werden. Soweit in den Einrichtungen der Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde auch auswärtige Kinder betreut werden, hat die Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde, in der die Kinder tatsächlich betreut werden den Anspruch auf Erstattung der Einnahmeausfälle und nicht die Wohnsitzgemeinde, die das Kind nicht betreut.

➤ **Welche Voraussetzungen muss eine Familie erfüllen, um eine Kostenbeitragsbefreiung zu erhalten?**

1. Das Kind belegt einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle im Land Sachsen-Anhalt und
2. das Kind ist noch kein Schulkind und
3. das Kind hat mindestens ein älteres Geschwisterkind, das einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle belegt und
4. die Familie bezieht für jedes Kind, das einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle belegt, Kindergeld.

Anmerkungen:

- *Kinder die ihren Wohnsitz im Land Sachsen-Anhalt haben, aber einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle in einem anderen Bundesland belegen, erfüllen die o.g. Voraussetzungen nicht und haben somit keinen Anspruch auf Kostenbeitragsbefreiung.*
- *Geschwisterkinder die ihren Wohnsitz nicht im Land Sachsen-Anhalt haben aber einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle im Land Sachsen-Anhalt belegen und o.g. Voraussetzung erfüllen, haben einen Anspruch auf Kostenbeitragsbefreiung.*
- *Wenn das ältere Geschwisterkind einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle in einem anderen Bundesamt belegt und das jüngere im Land Sachsen-Anhalt einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle in Anspruch nimmt und o.g. Voraussetzungen erfüllt werden, hat das jüngere Kind einen Anspruch auf Kostenbeitragsbefreiung.*

## **Beispiele aus der Praxis:**

### **Beispiel 1**

Die Familie hat zwei Kinder - ein Schulkind, das jedoch keinen Hort besucht und ein Kind, das einen „Krippenplatz“ in einer Tagespflegestelle belegt. In diesem Fall, besteht **kein Anspruch** auf die Erstattung für das nicht schulpflichtige Kind gemäß § 13 Abs. 5 KiFöG. Denn das Schulkind besucht keinen Hort. Nur wenn beide Kinder gleichzeitig in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle gefördert und betreut werden, besteht ein Anspruch auf die Erstattung für das nicht schulpflichtige Kind.

### **Beispiel 2:**

Die Familie hat zwei Kinder – ein Schulkind, das in einem anderen Bundesland einen „Hortplatz“ belegt und ein „Kindergartenkind“, das in einer Tageseinrichtung im Land Sachsen-Anhalt angemeldet ist. In diesem Fall, besteht ein Anspruch auf die Erstattung für das nicht schulpflichtige Kind gemäß § 13 Abs. 5 KiFöG, das im Land Sachsen-Anhalt einen Platz belegt. Denn auch wenn das „Hortkind“ in einem anderen Bundesland betreut wird, zählt es als ältestes Kind der Familie.

### *Anmerkung:*

Für Kinder, die im Land Sachsen-Anhalt betreut werden, gilt § 13 Abs. 4 KiFöG uneingeschränkt. Bei der Ermittlung der Höhe der Kostenbeiträge für diese Kinder sind Geschwisterkinder im Sinne des KiFöG zu berücksichtigen, unabhängig von dem Ort an dem die Geschwisterkinder betreut werden, ggf. also auch außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt.

### **Beispiel 3:**

Der Wohnsitz der Familie ist in einem anderen Bundesland. Die Familie hat zwei Kinder. Beide Kinder belegen einen Platz in einer Tageseinrichtung im Land Sachsen-Anhalt. In diesem Fall, besteht ein Anspruch auf die Erstattung für das jüngere Kind gemäß § 13 Abs. 5 KiFöG, das im Land Sachsen-Anhalt einen Platz belegt, sofern es noch kein Schulkind ist.

### **Beispiel 4:**

Die Familie hat zwei Kinder - ein Schulkind, das eine Ganztagschule besucht und ein Kind, das einen „Krippenplatz“ in einer Tagespflegestelle im Land Sachsen-Anhalt belegt. In diesem Fall, besteht **kein Anspruch** auf die Erstattung für das nicht schulpflichtige Kind gemäß § 13 Abs. 5 KiFöG, weil das Schulkind keinen Platz in einer Tageseinrichtung bzw. Tagespflegestelle belegt.

**Beispiel 5:**

Die Familie hat zwei Kinder - ein Schulkind das einen „Hortplatz“ im Land Sachsen-Anhalt belegt und ein Kind das in einem anderen Bundesland einen „Kindergartenplatz“ in Anspruch nimmt. In diesem Fall, besteht **kein Anspruch** auf die Erstattung für das nicht schulpflichtige Kind gemäß § 13 Abs. 5 KiFöG, weil das Nichtschulkind nicht im Land Sachsen-Anhalt betreut wird.

Anmerkung:

*Die Beitragsbefreiung richtet sich nur auf im Land Sachsen-Anhalt zu entrichtende Beiträge. Insoweit gibt es bei der Betreuung in einem anderen Bundesland keinen Geschwisterbonus durch das Land Sachsen-Anhalt für das dort betreute Kind.*

**Beispiel 6**

Vater und Mutter leben getrennt. Sie haben 2 gemeinsame Kinder, jedes Kind lebt bei einem Elternteil, damit ist in jedem Haushalt ein Kind gemeldet. Kindergeldanspruch hat jedes Elternteil für jeweils das bei ihm lebende Kind. In diesem Fall, besteht **kein Anspruch** auf die Erstattung für das jüngere Geschwisterkind, weil die beiden Kinder nicht mehr in derselben Familie leben.

**Beispiel 7**

Vater und Mutter leben getrennt. Sie haben drei gemeinsame Kinder. Beim Vater lebt ein Kind, bei der Mutter die anderen 2 Kinder. Kindergeldanspruch hat jedes Elternteil für jeweils das bei ihm lebende Kind. In diesem Fall, besteht ein Anspruch auf die Erstattung für das jüngere der beiden Geschwisterkinder, das im Haushalt der Mutter lebt.

Anmerkung:

*Das Kind, das beim Vater lebt, wird bei der Festlegung des Anspruches auf Erstattung der beiden bei der Mutter lebenden Kinder, nicht herangezogen.*

## Hinweise zum Ausfüllen der Formblätter:

### **Anlage 1**

„Erfassung der Differenzbeträge je Familie“

In dieser Anlage sind die Differenzbeträge, die das Land bzw. der Bund erstattet, je Familie zu ermitteln. Die Gemeinde oder Verbandsgemeinde erfasst hier die Kinder der Familie, die für die Ermittlung der Erstattungsbeträge relevant sind. Sind Kinder zu berücksichtigen, die außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Kommune einen Platz belegen, haben dies die Eltern gegenüber der Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde entsprechend nachzuweisen. Diese Kinder der Familie werden ebenfalls in der Anlage 1, jedoch ohne die Ausweisung der Kostenbeiträge, erfasst.

Die Anlagen 1 verbleiben in der Gemeinde oder Verbandsgemeinde und dienen lediglich zum Nachweis im Rahmen von Einzelfallprüfungen (anlassbezogen bei etwaigen Auffälligkeiten sowie im Rahmen von Stichproben).

➤ Vereinbarte Betreuungsstunden:

Hier sind die mit den Eltern vertraglich vereinbarten wöchentlichen Betreuungsstunden einzutragen. Ob die Anzahl der Betreuungsstunden der Kinder einer Familie gleich oder unterschiedlich sind, ist unerheblich für die Ermittlung des Differenzbetrages.

➤ Kostenbeitrag monatlich:

Hier ist der monatliche Kostenbeitrag zu erfassen.

➤ Kostenbeitrag Eltern:

Hier ist der Kostenbeitrag zu erfassen, der im Abrechnungszeitraum für die Hortkinder bzw. das älteste Kind der Familie zu entrichten ist.

➤ Erstattung Land - Differenzbetrag gem. 13 Abs. 5 KiFöG

Hat die Familie mehrere Nichtschulkinder, die in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle einen Platz belegen, so ist deren Kostenbeitrag, bis auf das älteste Geschwisterkind, in der Spalte Erstattung Land zu erfassen. Für Schulkinder wird keine Erstattung gewährt.

➤ Erstattung Bund KiQuTG

Hier erfolgt nur die Erfassung des Kostenbeitrages für das älteste Nichtschulkind, wenn dieses ein Geschwisterkind hat, das den Hort besucht (s. abweichende Regelung vom 01.01.2020 bis 31.12.2021).

## Anlage 2

„Zusammenfassung der Anlagen 1“

In dieser Gesamtübersicht weist die Gemeinde bzw. Verbandsgemeinde die jeweils in den Anlagen 1 je Familie ermittelten Summen der Kostenbeiträge aus und zeichnet für deren Richtigkeit. Diese Anlage ist in **Papierform** und als **Excel-Datei (per E-Mail)** dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zuzusenden.

### Hinweise zum Datenschutz

Gemäß § 67 Abs. 1 SGB X dürfen Sozialdaten von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Sozialgeheimnis). Es ist sicherzustellen, dass von den Personensorgeberechtigten eine Erklärung, die eine datenmäßige Erfassung und Bearbeitung von Kind- und familienbezogenen (Sozial-)Daten ermöglicht (§ 67a Abs. 1 Satz 1 SGB X), vorliegt. Die Eltern sind über die Zweckbestimmung der Erhebung, die Verarbeitung und Nutzung der erfassten Daten (vgl. § 67a Abs. 3 Satz 1 SGB X.) zu unterrichten.